

**Antrag 29/I/2020**

**SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald, SPD-Ortsverein Königs Wusterhausen**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

**Einheitliches Krisenmanagement in Berlin und Brandenburg**

1 Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte  
2 Landesregierung werden aufgefordert, ein einheitli-  
3 ches Krisenmanagement in Berlin und Brandenburg  
4 künftig sicherzustellen.

5

6 **Begründung**

7 Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig ein ein-  
8 heitliches Krisenmanagement ist. Insbesondere fällt  
9 auf, dass die beiden Länder Berlin und Brandenburg  
10 keine einheitlichen Maßnahmen gestaltet haben,  
11 was zu kommunikativen und realen Missständen  
12 geführt hat.

13 Zum Beispiel blieben in Brandenburg die Fahrradlä-  
14 den eine Zeit lang geschlossen, in Berlin waren die-  
15 se jedoch geöffnet. Das führte dazu, dass die Bran-  
16 denburger\*innen ihre Fahrräder in Berlin kauften.  
17 Das führte zu weiteren Pendlerbewegungen, die ins-  
18 besondere bei der Eindämmung des Pandemiege-  
19 schehens zweckwidrig erscheinen. Solche Beispiele  
20 könnten für viele weitere Berufs- und Alltagssitua-  
21 tionen aufgezeigt werden.

22 Die unterschiedlichen Maßnahmen im Rahmen der  
23 Umgangsverordnungen irritieren die Bürger\*innen  
24 Brandenburgs und Berlins, da sie nicht einheitlich  
25 gestaltet und kommuniziert werden. Berufs-, Schul-  
26 und Alltagspendler\*innen müssen zwei Verordnun-  
27 gen beachten, die zudem kontinuierlich aktualisiert  
28 werden.